

INSIEME REIBEREIEN WEGEN INFORMATIKPROJEKT

Wenn zwei Ämter streiten, zahlen Steuerzahler Millionen dafür

100 Millionen Franken hatte die Entwicklung des gigantischen Softwareprojekts Insieme gekostet, bevor das Finanzdepartement die Übung abgebrochen hat. Jetzt zeigt sich: Ein Hauptgrund für die Probleme, die zum teuren Flop führten, war ein langer Streit zwischen der Steuerverwaltung und dem Bundesamt für Informatik.

Vor 20 Tagen hat das Eidgenössische Finanzdepartement die Entwicklung des Softwareprojekts Insieme gestoppt, 100 Millionen Franken hat das unvollendete, nie im Einsatz gestandene und nun in den Papierkorb verschobene Monsterprogramm bereits verschlungen.

Erst jetzt wird bekannt, dass einer der Hauptgründe für die Probleme mit Insieme ein unerbittlich geführter Streit zwischen zwei Bundesämtern war: dem Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) und der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV). Dies geht aus einem Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle hervor. Die Finanzkontrolle ist ein unabhängiges Kontrollorgan der Bundesverwaltung.

Der Bericht blieb lange unter Verschluss. Erst einen Tag nachdem bekannt wurde, dass das Projekt Insieme gestoppt ist, hat das Finanzdepartement den Bericht ganz unauffällig online zugänglich gemacht, wo er bislang unbenutzt blieb.

«Anhaltende Reibereien»

Dabei bietet der Bericht einiges an Zündstoff: Demnach waren «ein gewichtiger Faktor» für die Probleme bei der Entwicklung des Softwareprojekts Insieme «anhaltende Reibereien» zwischen dem Informatikamt und der Steuerverwaltung – welche notabene beide demselben Departement, nämlich dem Finanzdepartement, angehören. Der Streit bestand laut dem Bericht unter anderem darin, dass «sich beide Seiten gegenseitig beschuldigten, für Fehlentwicklungen und Terminverschiebungen verantwortlich zu sein».

«Luxus von jungen Leuten»

Wegen des Streits funktioniert die Kommunikation zwischen den Ämtern offenbar nicht: Mangelhafte Absprachen respektive unkonkret definierte «Lieferobjekte» führten gemäss dem Bericht dazu, dass die Softwareentwickler des Informatikamtes einfach machten, «was sie für richtig hielten».

Dies wiederum habe dazu geführt, dass «heute oftmals innovative junge Leute Lösungen verwirklicht haben», die «nicht unbedingt sachdienlich» und «nicht

notwendig» gewesen seien und «Luxusgüter darstellten».

Wer war schuld am Streit? Das BIT räumt ein, es liege «in der Natur der Sache, dass Reibereien keine unilaterale Angelegenheit sind». Die Steuerverwaltung hingegen antwortet bei der Schuldfrage ausschliesslich ausweichend: Die Vorhaltungen der Finanzkontrolle würden sich im Wesentlichen auf Vorgänge vor

dem Neustart von Insieme 2011 beziehen, so ESTV-Mediensprecher Thomas Brückner. Im auf Januar dieses Jahres datieren Bericht hält die Finanzkontrolle fest, dass eine Vertrauensbasis zwischen den Ämtern «bis heute nicht vollständig erreicht» worden sei.

Das heutige Verhältnis

Ist der Streit mittlerweile beigelegt? Auf die Frage nach dem ak-

tuellen Verhältnis zwischen Informatikamt und Steuerverwaltung antworten die Sprecher beider Institutionen schriftlich und kaum zufällig mit identischem Wortlaut: «Die Suche nach dem besten Weg für das Projekt Insieme war nicht immer einfach, aber trotz des jetzt beschlossenen Projektabbruchs bleiben beide Seiten der konstruktiven und gemeinsamen Lösungssuche verpflichtet.»

Horrrende Honorare

Ein weiteres Kapitel im Bericht der Finanzkontrolle lässt aufhorchen. Es geht um externe Mitar-

beiter. Das sind Mitarbeiter, welche der Bund nicht im Anstellungsverhältnis, sondern auf Honorarbasis engagiert. Erstmals wird in diesem Kapitel amtlich bestätigt, dass Insieme für externe Mitarbeiter eine Art Schlaraffenland gewesen sein musste: Demnach hat die Steuerverwaltung Stundenansätze von bis zu 520 Franken bezahlt.

520 Franken ist gemäss dem Bericht der Finanzkontrolle doppelt so viel wie der bundesweit geltende Richtwert von 260 Franken pro Stunde. An einem achtstündigen Arbeits-

«Ein gewichtiger Faktor sind die anhaltenden Reibereien zwischen dem Informatikamt und der Steuerverwaltung.»

Bericht der Finanzkontrolle

tag konnte ein Informatiker bei Insieme demnach über 4000 Franken verdienen.

Arbeit ohne Vertrag

Gemäss demselben Kapitel im Bericht hat die Steuerverwaltung Arbeiten an externe Mitarbeiter vergeben, ohne überhaupt einen Vertrag abzuschliessen. Das hat dazu geführt, dass «schriftliche Verträge» für bestimmte Arbeiten «nach Eintreffen der Rechnungen erst noch geschlossen werden mussten». Die Finanzkontrolle fand sogar Firmen, die bereits bestehende Softwarekomponenten

aus Insieme ablösten und durch ihre eigenen Produkte ersetzen, womit gemäss dem Bericht «die Geschäftsbeziehung» zwischen der Privatfirma und der Steuerverwaltung «für die Zukunft abgesichert wurde». Das Fazit der Finanzkontrolle: «Es entsteht der Eindruck, dass bei einigen Firmen nicht primär ein erfolgreich verlaufendes Projekt im Vordergrund stand, sondern Umsatzüberlegungen.»

Bereits im Frühling dieses Jahres hatte Insieme für Schlagzeilen gesorgt: Eine Administrativuntersuchung des Finanzdepartements hat aufgedeckt, dass die Projektverantwortlichen Dutzende Aufträge im Zusammenhang mit Insieme unter der Hand, das heisst ohne Ausschreibung an Privatfirmen, vergeben hatten. In mindestens einem Fall ermittelt die Bundesanwaltschaft seither sogar wegen Korruptionsverdacht. Die Untersuchung hatte auch aufgedeckt, dass die Unregelmässigkeiten im Wissen des Direktors der Steuerverwaltung, Urs Ursprung, stattgefunden haben. Er musste deshalb von seinem Amt zurücktreten.

Mischa Aebi

Waffendatenbank verzögert sich um vier Jahre



SP-Nationalrätin Chantal Galladé zeigte sich gestern enttäuscht darüber, dass sich der Aufbau einer nationalen Waffendatenbank bis 2016 verzögert.

Keystone

ARMEEWAFFEN Das nationale Waffenregister soll erst im Jahr 2016 bereit sein. Die Sicherheitspolitiker des Nationalrats sind über die Verzögerung enttäuscht.

Über diesen langen Zeithorizont zeigte sich die SIK laut Galladé erstaunt. Im Abstimmungskampf um die Waffenschutzinitiative 2011 habe es geheissen, es seien lediglich wenige Knopfdrücke nötig, um die Datenbanken zu verbinden. «Nun ist alles viel komplizierter, und es geht länger als im Abstimmungskampf versprochen.» Die Kommission behandelte konkret einen Bericht des Bundesrates zum Missbrauch von Armeewaffen und was dagegen unternommen werden könnte. Diesen hatte die

Kommission selbst bestellt als Reaktion auf Tötungsdelikte, die mit nicht zurückgegebenen Armeewaffen begangen wurden.

Der Bundesrat sieht vor, dass Staatsanwaltschaften und Gerichte bei laufenden Strafverfahren gegen Armeeangehörige der Armee melden müssen, wenn von diesen eine ernsthafte Gefahr ausgehen könnte. Die Armee könnte dann den Entzug einer Waffe anordnen.

Auch über die existierende Waffeninformationsplattform «Armada» sollen Behörden aktiv über verweigernde und entzogene Bewilligungen informiert werden. Zudem sollen Informationen in Echtzeit zugänglich sein. Für einige Massnahmen, die der Bundesrat vorgeschlägt, sind gesetzliche Grundlagen notwendig. Einstimmig sprach sich die SIK dafür aus, diese zu schaffen. An der nächsten Sitzung sollen entsprechende Kommissionsmotionen verabschiedet werden. *sda*

«Nun ist alles viel komplizierter, und es geht länger als im Abstimmungskampf versprochen.»

Chantal Galladé, SP

DATENDIEBSTAHL – SIK ÜBERLÄSST DIE UNTERSUCHUNG DER ZUSTÄNDIGEN DELEGATION

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SIK) hat sich über den Datendiebstahl im Nachrichtendienst (NDB) informieren lassen. Weiter will sich die Kommission nicht mit der Affäre befassen.

Die SIK überlässt die Untersuchung der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDe), die für die Oberaufsicht über den Nachrichtendienst zuständig ist. Dies habe die Kommission mit 16 zu 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen beschlossen, sagte SIK-Präsidentin Chantal Galladé (SP, ZH) gestern vor den Medien in Bern. Es wäre nicht sinnvoll, doppelspurig zu fahren, zumal die GPDe im Gegensatz zur SIK Einblick in gehe-

me Unterlagen verlangen könne. **NDB-Chef Markus Seiler** sei vor der Kommission «offen, souverän und glaubwürdig» aufgetreten, sagte Galladé. Er habe unter anderem das Problem fehlender Ressourcen angesprochen. Zum Datendiebstahl nannte der NDB-Chef laut Galladé jene Einzelheiten, die bereits bekannt sind. So habe er bestätigt, dass die Information über ein mögliches Leck von ausserhalb an den Nachrichtendienst herangetragen worden seien und dass der Datendiebstahl die Sicherheitsprüfungen überstanden hätte.

Anders als teilweise dargestellt sei der Datendiebstahl aber laut

Seiler nicht über Wochen erfolgt, sondern «innerhalb eines kurzen Zeitfensters», sagte Galladé. Ob es Gesetzesänderungen braucht, um solche Fälle zu verhindern, will die Sicherheitspolitische Kommission diskutieren, wenn der Bericht der GPDe vorliegt.

Galladé bestätigte gestern ferner, dass der Nachrichtenchef das Kommissionszimmer am Montag über einen «Notausgang» verlassen habe, um den Medien auszuweichen – allerdings nicht auf ihre Empfehlung. Sie habe nämlich diesen Ausgang, der sich auf der Männertoilette befindet, nicht gekannt, sagte Galladé auf eine entsprechende Frage. *sda*

GRIPEN – KOMMISSION «EMPÖRT» ÜBER BUNDESRAT

Kampfet-Beschaffung Die Diskussionen rund um den Gripen halten an. Die Sicherheitspolitische Kommission (SIK) des Nationalrates ist nicht zufrieden mit der Antwort des Bundesrates auf ihre Kritik am Auswahlverfahren.

Die Kommission hat der zuständigen Subkommission den Auftrag erteilt, sich weiter mit dem Kampfetkauf zu befassen, wie SIK-Präsidentin Chantal Galladé (SP, ZH) gestern vor den Medien in Bern sagte.

Die Subkommission soll vor allem das Rahmenabkommen mit Schweden prüfen und die geplanten Kompensationsgeschäfte genauer unter die Lupe nehmen. Zudem soll sie

sich mit den Vorwürfen des Bundesrates an die Adresse der Kommission befassen.

«Die Vorwürfe haben uns empört», sagte Galladé. Der Bundesrat unterstelle der Subkommission quasi, schlecht gearbeitet zu haben, als sie den Bericht zum Kampfetkauf verfasste. Die Subkommission soll nun abklären, ob ihr tatsächlich Informationen fehlten – und wenn ja, weshalb.

Gleichzeitig kritisiert die SIK ihrerseits den Bundesrat, weil dieser die Kommission nicht frühzeitig über den Rahmenvertrag mit Schweden informiert habe. Die Kommission habe kurz nach Veröffentlichung ihres Be-

PUK-Einsetzung wird intensiv diskutiert

Allen Parteien gemeinsam ist der Schrei nach einer lückenlosen Aufdeckung. Nicht einig sind sie sich allerdings, ob es dazu eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) braucht.

Als Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf am 20. September die Notbremse zog und das Informatikprojekt Insieme stoppte, waren die Parlamentarier aufgebracht. «Die ganze skandalöse Affäre gehört lückenlos aufgedeckt», polterte CVP-Präsident Christophe Darbellay, eine PUK müsse ins Auge gefasst werden. Auch die SVP stand einer PUK durchaus wohlwollend gegenüber, schliesslich seien 100 Millionen Franken in den Sand gesetzt worden. Für die Genossinnen und Genossen war hingegen sofort klar, dass in diesem Fall das stärkste parlamentarische Untersuchungsgremium, eine PUK, eingesetzt werden müsse.

Eine PUK bietet dem eidgenössischen Parlament die weitreichendsten Informations- und Befragungsrechte, wenn es Ereignisse von grosser Tragweite innerhalb der Bundesverwaltung untersuchen möchte. Doch dieses Instrument wird sehr selten eingesetzt. In der Geschichte kam es erst viermal dazu – allerdings mit jeweils erheblichen Konsequenzen. So führe die erste PUK im Jahre 1964 zur Mirage-Kampfet-Beschaffung zum Rücktritt von Verteidigungsminister Paul Chaudet. 1989 entdeckte die PUK nach der Demission von Justizministerin Elisabeth Kopp die Fischenaffäre. Ein Jahr später enttarnten die Ermittler der damals eingesetzten PUK die geheime Widerstandarmee P-26 und den geheimen Nachrichtendienst P-27. Schliesslich bezeichnete 1995 die letzte PUK Exfinanzminister Otto Stich als Hauptschuldigen für das Debakel bei der Bundespensionskasse. *gr*

Gemüter haben sich beruhigt

Inzwischen gibt man sich in bürgerlichen Kreisen zurückhaltender gegenüber einer PUK. Einen der triftigsten Gründe legte wohl SVP-Präsident Toni Brunner offen: Man warte noch ab, schliesslich habe die Konkurrenz seiner Partei auch stets die kalte Schulter gezeigt, wenn sie eine PUK gefordert habe. Dies weiss auch SP-Präsident Christian Levrat, der zwar nach wie vor der Ansicht ist, dass es eine PUK braucht. «Aber wichtiger als die parteipolitische Profilierung sind in diesem Fall Ergebnisse», betont er auf Anfrage. Der Freiburger Ständerat hatte noch

Genf nach Zürich verlegt beziehungsweise zusammengelegt», sagte Collardi Ende August in einem Interview. Synergien nutzen will er vor allem bei den allgemeinen Unternehmenskosten und im Backoffice, also etwa bei der Informatik, der Buchhaltung oder der Rechtsabteilung. Bei den Kundenberatern sehe er dagegen kaum Überlappungen, sagte Collardi.

Die Transaktion soll sich 2014 zumindest neutral auf den Gewinn von Julius Bär pro Aktie auswirken und 2015 einen Zuwachs von 15 Prozent bringen. Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht habe die Übernahme bereits genehmigt, sagte Collardi. Auch seien die Rückmeldungen von Schlüsselmitarbeitern beider Seiten positiv. *sda*

Julius Bär will Stellen streichen

WIRTSCHAFT Die Bank Julius Bär baut nach der Übernahme des ausseramerikanischen Vermögensverwaltungs geschäfts von Merrill Lynch radikal Stellen ab.

Von insgesamt 5700 Arbeitsplätzen sollen zwischen 850 und 1030 gestrichen werden. Ziel sei es, das unrentable Geschäft von Merrill Lynch in die schwarzen Zahlen zu führen, teilte Julius Bär gestern mit. Dieses zählt knapp 2100 Arbeitsplätze. Julius Bär verfügt über 3600 Mitarbeitende. Der Abbau entspricht 15 bis 18 Prozent der Stellen.

Welche der über 50 Standorte vom Abbau betroffen sind, blieb offen. Konzernchef Boris Collardi nannte auch in einer Präsentation für Analysten und Investo-

betont jedoch, man dürfe den Schwarzen Peter nicht Neuhaus zuschieben. «Die ganze Regierung ist gefordert, sie muss endlich durchgreifen.»

Harte Kritik übt Brand an SP-Regierungsrat Philippe Perronoud, dessen Gesundheitsdirektion gestern noch immer nicht zum Fall der «falschen Professorin» der UPD Stellung nahm. «Es ist geng wie geng: Die Gesundheitsdirektion klärt bis in alle Ewigkeiten ab.»

Unklar ist auch, wann die Zuständigen zu den «Weltwoche»-Vorwürfen Stellung nehmen. Kräuchi sagt, die Abklärungen seien im Gange; beim Kanton sei man daran interessiert, möglichst rasch Klarheit zu schaffen. Eines betont er schon jetzt: «Man muss die Dinge unbedingt auseinanderhalten: Zwischen dem Fall Strik und den neuen Vorwürfen der «Weltwoche» gibt es keinen Zusammenhang.» *fab*

Wie lange dauert der Herbst?

Die Regierung weist den Vorwurf, sie verschleppe das Verfahren, zurück. «Die Arbeiten laufen unter Hochdruck», sagt ihr Sprecher Christian Kräuchi. Die JGK müsse jedoch komplexe, umfangreiche Abklärungen vornehmen

Waldau: Die Berner SVP nimmt Mader ins Visier

PSYCHIATRIE Neues Kapitel im Konflikt um die Waldau: Die SVP will, dass die Regierung «sofort die nötigen personellen Konsequenzen» zieht. Damit zielt sie primär auf Waldau-Chefin Regula Mader – trifft jedoch auch ihren eigenen Regierungsrat.

Der Auftrag tönt simpel: Der Regierungsrat müsse «sofort die nötigen personellen Konsequenzen aus den jüngsten Vorfällen» an den Universitäten Psychiatrischen Diensten (UPD) Waldau ergreifen. Einen dringlichen Vorstoss mit dieser Forderung hat SVP-Fraktionschef Peter Brand soeben eingereicht, wie seine Partei mitteilt.

Einerseits bezieht sich Brand auf den «Fall Strik»: UPD-Chefin

Regula Mader will den Direktor Psychiatrie, Professor Werner Strik, entlassen, was nicht nur Strik selbst, sondern auch die Universität verhindern will. Der SVP-Fraktionschef bezieht hier klar Stellung, indem er festhält, Mader habe Strik «willkürlich freistellen» wollen.

«Die UPD sind zu wichtig»

Andererseits greift er neue Vorwürfe gegen Mader auf, welche die «Weltwoche» in der aktuellen Ausgabe erhebt. Demnach soll sich die neue Leiterin Qualitätsmanagement der UPD mit falschen Titeln schmücken und ihre Stellung der persönlichen Beziehung zu Maders Ehemann verdanken (wir berichteten).

Maders Name taucht im Vorstoss zwar nicht auf, es scheint

aber relativ klar, dass er primär auf sie zielt. Peter Brand bestätigt auf Nachfrage, dass er das Problem klar bei Mader und nicht bei Strik sieht. Und: «Der Vorstoss kann darauf hinauslaufen, dass Regula Mader den Posten räumen muss.» Vor allem will die SVP Druck auf den Regierungsrat aufbauen, damit er rasch einen Entscheid fällt und den Konflikt beendet. «Die UPD sind zu wichtig, um sie ewig weiter zu untersuchen», kritisiert Brand.

Man kann sich nun fragen, ob die SVP damit ihrem «eigenen» Regierungsrat Christoph Neuhaus Beine machen will. Seine Justizdirektion hat den Auftrag gefasst, den Konflikt zwischen Strik und Mader zu untersuchen, um den definitiven Entscheid der Regierung vorzubereiten. Brand



Umstrittene Waldau-Chefin: Regula Mader. *Andreas Blatter*